

**Vermerk**

24. April 2007

**Die CDU - Eine sozialdemokratische Partei**

Nach Auffassung des 1. Parlamentarischen Geschäftsführers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Dr. Norbert Röttgen gibt es keine Sozialdemokratisierung der Union (1). Er hat Recht: Es gibt sie nicht, die CDU ist eine sozialdemokratische Partei! Ob Programmatik oder politische Praxis: CDU und SPD unterscheiden sich lediglich graduell, kaum noch prinzipiell.

**Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit**

Im Verständnis der CDU bedingen diese Grundwerte einander. „Es gibt keine Hierarchie zwischen ihnen“, so Generalsekretär Ronald Pofalla (2). Wollte Bundeskanzlerin Angela Merkel noch vor der letzten Bundestagswahl mehr Freiheit wagen, betont sie heute die Gleichwertigkeit der Grundwerte (3). „Freiheit haben wir genügend“, meint Heiner Geißler (4) und Ministerpräsident Peter Müller sekundiert: Die CDU „muss vor allem die Partei der Gerechtigkeit sein“ (5).

Gibt es keine Hierarchie zwischen den Grundwerten, dann sind sie gleichrangig. Und Gleichrangigkeit der tragenden politischen Werte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität kennzeichnet den Orientierungsrahmen`85 der SPD. Steht für die CDU in der „Mannheimer Erklärung“ noch die Freiheit in der Rangordnung deutlich an erster Stelle, übernimmt sie heute mit der Gleichrangigkeit dieser Grundwerte eine zentrale Aussage des „organisierten Sozialismus“ der SPD der 70er Jahre des vergangenen Jahrhunderts (6).

Diese Sicht führt zwangsläufig dazu, im Interesse einer vermeintlichen Gerechtigkeit - in Wirklichkeit Gleichmacherei - die Freiheit des Bürgers einzuschränken. „Freiheit ist nur dann gesellschaftliche Wirklichkeit und nicht nur Illusion oder Vorrecht für wenige, wenn alle Menschen die tatsächliche (wirtschaftliche, politische, soziale, kulturelle) Möglichkeit haben, sich frei zu entfalten ... Gerechtigkeit verwirklicht die gleichberechtigte Freiheit jedes einzelnen, indem sie ihm gleiche Rechte und Chancen eröffnet“, heißt es im Orientierungsrahmen`85 (7).

Ähnlich der Diskussions-Impuls „Identität“ der CDU: „Gerechte Chancen zu schaffen, ist die notwendige Ergänzung der Gleichheit vor dem Recht...“ (Ziffer 25). „Die Verwirklichung der Freiheit bedarf materieller Grundlagen. Aufgabe der Politik ist es, der Not zu wehren...(Ziffer 14). „Jeder hat das Recht auf und die Pflicht zur Solidarität ...“ (Ziffer 20). Und Ronald Pofalla schreibt: „Sozialer Ausgleich sichert die materielle Voraussetzung für Freiheit. Sozialer Ausgleich zielt auf Freiheit von Not“ (8).

Die Grundwerte Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Selbstverantwortung, Solidarität und Subsidiarität erhalten so ihre spezifische Bedeutung sowie Ausgestaltung durch die Sozialpolitik. Sie legen fest, was der einzelne und organisierte Verbände sich und dem Gemeinwesen insgesamt schulden, was sie im Austausch für eigene freiwillige und selbst verantwortete Beiträge tatsächlich an öffentlichen Gütern in Anspruch nehmen können.

Aus "Freiheit von willkürlichem Zwang durch andere Menschen" wird im bundesdeutschen Wohlfahrtsstaat "Freiheit von Not", ein Versorgtsein durch den Staat. Subsidiarität, der Vorrang der Selbsthilfe, wird so interpretiert, daß durch Staatseingriffe erst die Voraussetzungen zur Selbsthilfe zu schaffen seien, in dem "Gefährdungen" vom Individuum durch soziale Sicherung ferngehalten werden. Sahen die klassischen Liberalen in der Selbsthilfe in Notlagen das eigentlich "Menschenwürdige" - "keine Geschenke vom Staat" -, so wird die "Menschenwürde" nach diesem wohlfahrtsstaatlichen Verständnis erst durch den Staatseingriff gesichert. Aus der "Gleichheit vor dem Gesetz" (Diskriminierungsverbot) wird die "materielle Gleichheit" des Wohlfahrtsstaates, die möglichst faktische, ökonomische und soziale Gleichheit durch Politik und Rechtsprechung zugunsten bestimmter Gruppen (Kinder, Frauen, Alte etc.).

Meinte Gerechtigkeit ursprünglich das Handeln nach gewissen Verfahrensregeln, die Gewalt, Betrug usw. als Mittel der Interessenverfolgung ausschließen, so bedeutet soziale Gerechtigkeit jetzt ein politisch festgesetztes Verteilungsschema von Lebenschancen und Einkommen.

Solidarität, ursprünglich das freie Einstehen der Mitglieder einer Gemeinschaft füreinander, wird im Wohlfahrtsstaat über die staatliche Zwangsversicherung und die Steuerprogression zur Zwangshaftung aller für alle. "Alles in einen Topf, alles aus einem Topf - das wird nunmehr ernsthaft zum Ideal" (9).

Sarkastisch formuliert: "Alles muß jetzt frei und gleich sein - ausgenommen die progressive Besteuerung, aus der alles bezahlt wird" (10).

Bertrand de Jouvenel hat diese Umwertung der Werte treffend charakterisiert: "Die Menschen geben dem Staat ihre individuellen Rechte zurück, um von ihm Sozialrechte zu empfangen ... Es sieht so aus, als handle es sich um die Errichtung eines riesigen Patriarchates" (11).

„Man lebt zufrieden in der Illusion, man könnte auf die Dauer auf Kosten anderer leben. Die Sozialisten in allen Parteien projizieren diese Illusion, und die Medien pflegen sie und garnieren sie mit moralisierendem Gerede über 'Soziale Rechte'- und sie zeigen viel Phantasie beim Erfinden ständig neuer „Rechte“. Sie verführen breite Schichten der Bevölkerung. So werden einmal durchgesetzte Ansprüche schließlich als "Rechte" erlebt: Recht auf Wohnung, auf Kindergartenplatz usw. Das ist auch menschlich durchaus verständlich. Es führt zu einem „Ratschen-Effekt“. Der Mechanismus läßt sich nicht mehr zurückdrehen. Politiker, die dem nach dem süßen Gift des Wohlfahrtsstaates süchtig gewordenen Elektorat eine Entwöhnungskur in Form von Sparmaßnahmen, budgetärer Disziplin u.a., verordnen wollen, werden abgewählt oder erst gar nicht gewählt. Unter anderem bleibt dabei auch der Begriff des Rechts, der Begriff des-auf-etwas-ein-Recht-habens (concept of right) auf der Strecke. "Soziale Rechte“ (entitlements) sind die Antithese vom Recht: Man muß nämlich Rechte (Eigentumsrecht, Vertragsfreiheit usw.) einschränken oder zerstören, um aus dem Bürger die Mittel zu extrahieren, die erforderlich sind, um die ständig wachsenden "Berechtigungen“ (entitlements) zu finanzieren. Gordon Tullock hat darauf hingewiesen, daß - was den ökonomischen Effekt betrifft - Umverteilung durch den Staat (und von ihm legalisiert) analog ist zu Diebstahl“ (12).

Freiheit als Versorgtsein, Freiheit von Not, Furcht und Risiken, die Ersetzung der persönlichen Selbstverantwortlichkeit durch einklagbare Staatsleistungen, das sind die Substitute jener "Glückseligkeit", die schon der "aufgeklärte Bevormundungsstaat" des 17. und 18. Jahrhunderts verkündete. Das sozialistische Verständnis von Freiheit, Freiheit wie sie der Staat gewährt, Freiheit von Arbeitslosigkeit, von Armut im Alter, von Krankheitsfolgen, der Ruf nach dem Staat gehört zum „Markenkern“ der CDU. Freiheit als Entscheidungsfreiheit des einzelnen, weckt in der CDU kaum Begeisterung. Der Ruf, „Mehr Freiheit wagen“, ist verhallt.

### **Vom „sozialen“ Ende des demokratischen Rechtsstaats**

Freiheit an Gleichheit zu binden, bedeutet den Tod der bürgerlich-rechtsstaatlichen Freiheit und steht im Widerspruch zum tragenden Verfassungsprinzip der „Präponderanz“ der Freiheit. Wie stark der Gleichheitsgedanke in der CDU Fuß gefaßt, zeigt die Übererfüllung des europäischen Solls beim Antidiskriminierungsgesetz. Auch wenn die CDU/CSU-Bundestagsfraktion Verbesserungen durchgesetzt hat: Aus einem problematischen Gesetz wird damit noch kein gutes Gesetz.

Das deutsche Bürgerliche Gesetzbuch von 1900, das die zentralen Teile des deutschen Privatrechts enthält, war, wie der Name sagt, ein Gesetzbuch für Bürger. Nach einer Bemerkung Franz Wieackers war es beherrscht von dem „Leitbild des vernünftigen, selbstverantwortlichen und urteilsfähigen Rechtsgenossen“. Heute hat der unselbständige Arbeitnehmer den selbständigen Bürger abgelöst. An seine Stelle ist der unselbständige, täuschungs- und irrtumsanfällige und rundum schutzbedürftige Verbraucher getreten.

Auf dem Höhepunkt des bürgerlichen Zeitalters hatte der Bürger ausschließlich Freiheit gefordert, und zwar für sich selbst, um seine Interessen nach eigenen Vorstellungen wahrnehmen zu können. Der Verbraucher dagegen sucht gerade umgekehrt Schutz vor der Freiheit – und zwar nicht nur vor der der andern, sondern auch vor seiner eigenen. Und der Gesetzgeber hat längst angefangen, die Konsequenzen daraus zu ziehen, dass die Demokratie die Akteure, die sie voraussetzt, nicht mehr vorfindet. Man schaue sich nur die Verbraucherschutz-Gesetzgebung oder die Initiativen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum Verbraucherschutz an.

Die Antidiskriminierungsgesetze, mit denen der Staat die „bürgerliche Gesellschaft“ unter obrigkeitliche Aufsicht stellt, zeigen, dass der Staat seinen Bürgern selbst nicht mehr traut. Wenn im bürgerlichen Zeitalter der Bürger den Staat nach seinen Vorstellungen geschaffen hat, so versucht heute umgekehrt der Staat, den Bürger so zu modellieren, wie es den Vorstellungen der Herrschenden entspricht. Rechts- und Sozialpolitik als Gesellschaftspolitik: Auf diesem Verständnis von Politik beruht unser Wohlfahrtsstaat, in dem leitender Zweck die Wohlfahrtsmaximierung durch direkte Staatsintervention ist. Die Lebensplanung der Bürger erfolgt nicht durch selbst gewählte Präferenzen. Sie geschieht - auf wichtigen Gebieten - nach dem Wertkodex der Regierenden:

Sei dies im Namen der "sozialen Sicherheit", der "Solidarität", der "sozialen Gerechtigkeit" oder des „ökologischen Umbaus“. Die Gesellschaft insgesamt und jeder einzelne wird so zum "Sozialfall" und muss "behandelt" werden, also Elterngeld und Krippenplätze für alle.

Eine Gesellschaft, die sich selbst mit Hilfe privaten Rechts gestaltet, hat Franz Böhm treffend als „Privatrechtsgesellschaft“ bezeichnet. Nur die Privatrechtsgesellschaft ist eine freie Gesellschaft, denn im Geltungsbereich des Privatrechts sind alle beteiligten Menschen nach Maßgabe der einheitlichen Grundregeln gleichgeordnet. Zu Recht verbietet der Artikel 3 Grundgesetz jegliche Form der Benachteiligung oder Bevorzugung einer Person aufgrund ihrer Herkunft, ihres Geschlechts, Glaubens usw. Aber dieses Verbot richtet sich ausschließlich auf das Verhältnis Staat zu Bürger. Die Gleichheit vor dem Gesetz ist ein Grundpfeiler des Rechtsstaats. Der Staat darf sein Gewaltmonopol nicht dazu missbrauchen, die Bürger ungleich - und damit nach Belieben - zu behandeln. Die Bürger aber haben keinerlei Recht auf Ausübung von Gewalt, Zwang und Herrschaft. Ihre Interaktionen müssen friedlich verlaufen und sich auf freiwillig geschlossene Verträge beschränken. Im Privatleben hat das Gleichheitsprinzip deshalb nichts zu suchen, jedenfalls nicht als rechtsverbindliche Vorgabe.

Es gehört selbstverständlich zum Wesen und zum Leben einer jeden Person, dass sie Andere unterschiedlich bewertet und behandelt. Würde man jede Ungleichbehandlung als Diskriminierung bezeichnen, dann würde jeder Mann, der eine Frau heiratet, alle anderen Frauen diskriminieren, und jeder Mensch würde bei jedem Vertragsschluss mit irgend jemandem alle anderen Menschen als potentielle Vertragspartner diskriminieren.

Ein derart pervertiertes Menschenbild und eine solche Auslöschung der Privatautonomie und der Vertragsfreiheit (als dem Wesenskern aller Freiheit) stehen hinter den Antidiskriminierungsgesetzen in Deutschland und der EU. Die meisten Befürworter der Gesetze räumen sogar ein, dass es sich dabei um Eingriffe in die Privatautonomie handelt, behaupten aber, dies sei "notwendig", weil die "grenzenlose" Privatautonomie zum "Recht des Stärkeren" führe. Ob dem Einzelnen eine Ungleichbehandlung von Mitmenschen erlaubt oder untersagt werden soll, sei politisch zu entscheiden. Damit wird das Individuum kollektiviert und der Rechtsstaat weicht dem totalitären Gesinnungsstaat. Ein Privatrecht ohne freie Wahl der Vertragspartner ist nur noch eine leere Worthülse.

In der vormaligen DDR sollten die Rechtsregeln nicht dem geordneten Ablauf der Handlungen der Bürger bei der Verfolgung ihrer selbst gesetzten Zwecke dienen, sondern der „sozialistischen Moral“, also den Zwecken der SED-Planbürokratie. Folgerichtig wurden Regeln individueller Freiheit aufgehoben und dem Staat bzw. der Partei das Interpretationsmonopol zugesprochen. Doch in dem Maße, in dem die von den Individuen selbst gesetzten Zwecke ihres regelgeleiteten Handelns durch staatliche Zweckvorgaben ersetzt werden, wandelt sich auch der Charakter des Rechts. Aus dem Recht des bürgerlichen Rechtsstaats wird sozialistisches Recht.

Gleichartiges geschieht in unserem „Sozialstaat“ oder in der so genannten „Sozialen Marktwirtschaft“, in der das Prinzip der Freiheit auf dem Markt mit dem Prinzip des „sozialen Ausgleichs“ verbunden werden soll. Mit dem „sozialen“ Auftrag versehen, ist der Staat nicht mehr ausschließlich Hüter für die Einhaltung der Privatrechtsregeln, sondern wird zum gesellschaftsgestaltenden Regelerzeuger im Dienste der „sozialen Moral“. Das Recht wandelt seinen Charakter ebenso dramatisch wie im angeführten DDR-Beispiel.

Unter Verletzung der Gleichbehandlungs- und Neutralitätsprinzipien werden nun „Gesetze“ erlassen, die zu ganz bestimmten Ergebnissen für spezifische Bevölkerungsgruppen führen sollen und mit deren Hilfe Ungleichbehandlungen und Privilegierungen (oder Diskriminierungen) den Anschein der Legalität erhalten sollen. Was zuvor als Unrecht oder Rechtsverletzung galt, die hoheitliche Intervention in das Privatrechtsgefüge, wird zum „Recht“ des Sozialstaats. Die Rechte der Bürger sind damit nicht mehr gleich. Das Privatrecht verschwindet. Wie der deutsche Sozialist und Rechtstheoretiker Gustav Radbruch bereits 1927 formulierte, ist das „Privatrecht nur ein vorläufig ausgesparter und sich immer verkleinernder Spielraum für die Privatinitiative innerhalb des allumfassenden öffentlichen Rechts“ (Der Mensch im Recht, Göttingen, 1927)

Je mehr aber der Staat durch Vorgabe von Staatszielen - jetzt auch noch Sport und Kultur - zur Gesellschaftsgestaltung verpflichtet wird, desto mehr muss die im freiheitlichen Rechtsstaat angelegte Trennung zwischen Staat und Gesellschaft durchbrochen und verschoben werden. Es tritt das ein, wovon Franz Böhm eindringlich gewarnt hatte: die Vergesellschaftung des Staates und die Verstaatlichung der Gesellschaft. Der freiheitliche Rechtsstaat weicht der „sozialen Demokratie“ (13). Konsequenter spricht die CDU deshalb nur noch vom „Sozialstaat“ und nicht mehr vom „sozialen Rechtsstaat“.

Hand in Hand damit findet eine Machtverschiebung von der Gesellschaft auf die politischen Apparate statt. Man deponiert Verantwortung am "Runden Tisch", die "Republik der Bündnisse" wird ausgerufen. Koalitionsrunden bestimmen, was geschehen soll. Das Parlament entmachtet sich selbst. Kollektivvereinbarungen (Konzertierte Aktion, Runde Tische, Bündnisse für...) werden einer wettbewerblichen Koordination prinzipiell vorgezogen. Kollektive als Bezugspunkt: Auch das ist „demokratischer Sozialismus“ (14).

Während der stringente Sozialismus des ehemaligen Ostblocks das freie Koordinations- und Kooperationsspiel des Marktes nahezu ganz ausgelöscht und damit die Grundlage des Privatrechts beseitigt hat, findet dieser Prozeß im deutschen Wohlfahrtsstaat (schleichender Sozialismus) als fortschreitende Erosion statt. Beim Weg in die Knechtschaft rasseln keine Ketten mehr, die Verstaatlichung der Gesellschaft findet am „goldenen Zügel“ statt (15).

### **Der neue Mensch**

Unter dem harmlos klingenden Begriff „Gender-Mainstreaming“ haben Politiker ein Erziehungsprogramm für Männer und Frauen gestartet. Nahezu lautlos und mit Erfolg etablieren Ideologen sowohl in den Wissenschaften als auch in der Politik ihr Konzept, nach dem künftig nicht mehr das biologische Geschlecht, sondern nur noch das soziale, erlernte Geschlecht entscheidend sei – dieses aber habe mit dem biologischen nichts zu tun. Entscheidend für die Bestimmung des eigenen Geschlechts ist nur noch, wie man sich selbst empfindet. Der Satz von Simone de Beauvoir (1908-1986), einer Vordenkerin des radikalen Feminismus, man werde nicht als Frau geboren, zur Frau werde man gemacht, soll jetzt im Umkehrschluss zum Zuge kommen und politisch durchgesetzt werden: Jeder soll zukünftig gemäß seiner subjektiven Empfindung bestimmen, ob er oder sie Mann oder Frau ist. Das politische Programm des Gender-Mainstreaming zielt darauf ab, die herkömmliche Geschlechterordnung von Mann und Frau aufzulösen.

Auf der Internetseite des "GenderkompetenzZentrums", einer Forschungseinrichtung der Berliner Humboldt-Universität, die vom Ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend finanziert wird, war am 10. August 2006 zu lesen: „Der Mensch wird mit biologischen Merkmalen geboren, die entlang eines Spektrums zwischen männlichen und weiblichen Merkmalen angesiedelt sind.“ Das heißt, es gibt keine biologischen Grundlagen, die die Zugehörigkeit zu einem Geschlecht festlegen.

Durch die Selbstverpflichtung der Behörden auf EU- und Bundesebene, im öffentlichen Dienst, im Bildungswesen und in vielen Landeskirchen, die Arbeitswelt und ihre Projekte im Sinne des Gender-Mainstreaming zu gestalten, sickert die dem Konzept zugrunde liegende Sicht auf die Geschlechter lautlos, aber wirksam vom Parlament bis in die Kindergärten.

Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen ist Gender-Mainstreaming ein besonderes Anliegen. Ihrem Ministerium liegt eine „Machbarkeitsstudie Gender Budgeting“ vor. Würde sie umgesetzt, müsste jeder einzelne Finanzposten danach abgeklopft werden, ob er geschlechterpolitisch korrekt ausgegeben wird. Um Kritik auszuweichen fährt die Ministerin eine Doppelstrategie. Öffentlich nimmt sie das Wort Gender-Mainstreaming nicht mehr in den Mund. Und in der Leitungsebene in ihrem Haus wurde verfügt, dass künftig die Formel „Gleichstellungspolitik als Erfolgsstrategie“ zu verwenden sei. Im „Newsletter zu Gleichstellungspolitik“ des Ministeriums findet man unter der Rubrik „Neues aus dem GenderKompetenzZentrum“ aber weiterhin Erfolgsmeldungen. Nennenswerter Widerstand oder Kritik aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Fehlanzeige. Das „C“ erweist sich als Leerformel. Menschsein ist immer zugleich Mann-Sein oder Frau-Sein. Das Unterschieden-Sein in Mann und Frau ist anthropologisch gesehen der zentrale Hinweis darauf, dass ein jeder über sich hinaus auf einen anderen verwiesen ist – letztlich an den ganz anderen, auf Gott. Das Erleben der Zweigeschlechtlichkeit ist somit „Urbild aller Transzendenzerfahrung“, so der katholische Theologe und Churer Weihbischof Peter Henrici.

Mittlerweile werden von den Gender-Ideologen im Umfeld der Universitäten Modelle entwickelt und gelehrt, bei denen zwischen fünf verschiedenen Geschlechtern – statt biologisch zwei – unterschieden wird. Andere Lobbygruppen aus diesem Umfeld wiederum legen nahe, jeder habe sein eigenes Geschlecht. Zu Ende gedacht, hieße das, es gibt über sechs Milliarden Geschlechter auf der Erde. Immer aber geht es darum, das Diktat der „zweigeschlechtlichen Matrix“ zu sprengen (16).

Gender-Mainstreaming, das ist Marxismus pur! Eine Reihe folgenschwerer Ideen hat der klassische wie der Neomarxismus neben der Gleichheitslehre von der Französischen Revolution übernommen und trotz des offensichtlichen Widerspruchs dieser Gedanken zur Lebenswirklichkeit bis heute beibehalten und vertreten.



Dazu gehört die besonders durch Rousseaus Schriften verbreitete Ansicht, dass der Mensch bei seiner Geburt geistig und seelisch einer „Tabula rasa“, einem unbeschriebenen Blatt, gleiche und alle seine später auftretenden Fähigkeiten und Eigenschaften ausschließlich Einflüssen der Umwelt verdanke. Diese „Milieutheorie“ hat seitdem unglaublichen Schaden angerichtet. Ihre Ansicht, dass bei richtiger „Konditionierung“, der richtigen Weise der Beeinflussung durch die Umwelt unter passenden Bedingungen, aus jedem Kind alles gemacht werden könne, bildet bis heute die Grundlage linker Erziehungsprogramme, obwohl Biologie, Genetik und Verhaltensforschung längst aufgezeigt haben, wie falsch diese Ansicht ist. Der Antibiologismus der „Frankfurter Schule“, die emanzipatorische Pädagogik von Habermas, die von Fromm und Mitscherlich geförderte Richtung der Psychoanalyse lassen grüßen.

### **Sozialisierung der Familie**

Sowohl hinsichtlich der geistigen Wurzeln als auch der verfolgten Absichten gehören Auflösung, Umgestaltung und Zerstörung der Familie und ihrer Formalstrukturen zu den Eckpfeilern aller sozialistischen Gesellschaftsentwürfe. Unter dem Euphemismus „Familienpolitik“ oder „Familienförderung“ geht in Deutschland, angeführt von der CDU (Ursula Lehr, Rita Süßmuth, Ursula von der Leyen), eine schrittweise Sozialisierung familiärer Funktionen und eine Umfinanzierung der Familie vor sich, von Eigen- auf Staatsfinanzierung.

Nach Schätzungen des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel sind (ohne die neuesten Maßnahmen) etwa 50 Prozent der Kinderkosten inzwischen auf den Staat übertragen (165 Mrd. Euro). Auch die Unternehmen sind in dieses System eingespannt (z. B. das Privileg des Elternurlaubs, des freizuhaltenden Arbeitsplatzes nach Vorbild der Staatsbürokratie). Ebenso werden teilweise auch die Erträge der Familie sozialisiert: die Erträge der Kinder kommen nicht der eigenen Familie, sondern dem Kollektiv aller Familien auf nationaler Ebene zugute. Über die gesetzliche Rentenversicherung wird Kinderlosigkeit in Deutschland subventioniert, indem man sich seine Rente im Alter auch durch anderer Leute Kinder bezahlen lassen kann. Familien mit Kindern subventionieren also Kinderlose, die es vorgezogen haben, in den laufenden Konsum statt in die Zukunft über Kinder zu investieren; denen also „der Zweitwagen wichtiger als der Kinderwagen war“ (Hans-Werner Sinn). Oder wie Wolfram Engels einmal geschrieben hat: „Japanische Eltern sparen ein Leben lang für die Ausbildung ihrer Kinder; deutsche Eltern für den Urlaub.“

Die Ersetzung der Familie durch den Staat geht ziemlich parallel einher mit der sinkenden Geburtenquote auf jetzt 1,3 pro Frau. Eine Wende dieser Tendenz ist bei der von der Bundesregierung forcierten Familienpolitik (Elterngeld, Kitausbau) nicht zu erwarten. Der systematische Ausbau von zwangsfinanzierten Familienersatzeinrichtungen (von der „Kita“ über die Ganztagschule bis zur Sozialversicherung) muss die Familie als Verantwortungs-, Risiko- und Gefahrengemeinschaft weiter schwächen. Die Finanzierung der Familie über Kindergelder, „Baukindergelder“, Erziehungsgelder, Elterngelder und der Null- und Sozialtarife im öffentlichen Bildungswesen heißt, dass die familiäre Eigenverantwortlichkeit insoweit ökonomisch aufgelöst wird. Die Eltern sinken zu staatlich bezahlten Reproduktionsfunktionären herab (was sie übrigens weitestgehend selber zu finanzieren haben). Nur berufstätige Eltern zahlen Steuern. Je höher die Erwerbsbeteiligung, desto besser für die Taschen des Fiskus. So wird die Erhöhung der Frauenerwerbsquote auch zu einem Programm der Staatsbereicherung. Die arbeitende Frau ist Lohnsteuerzahler, sie ist Beitragszahler in die Renten- und Krankenkassen. Familienarbeit wird abgewertet, da sie nicht monetarisiert ist und der Finanzminister nichts von ihr hat. Hausfrauen- und Muttertätigkeit wird als „Nicht-Arbeit“ oder „Nicht-Beruf“ gewertet, offenbar ein reines Privatvergnügen. Hausfrau sein und Mutterschaft, so die ehemalige Familienministerin Prof. Dr. Ursula Lehr (CDU), stellen heute keine Lebensaufgabe mehr dar. Der „Glorifizierung der Mutterschaft“ müsse entschieden entgegen gewirkt werden. In der DDR hieß es dazu: „Alle, die dem Ausschließlichkeitsanspruch des Kindes an die Mutter erliegen, sind eigentlich nur Opfer solcher bürgerlichen Auffassungen, die die Frauen in der Hausfrauenrolle belassen wollen“.

Die „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ erklären Politiker aller Couleur und unsere Berufsfeministinnen (auch männlichen Geschlechts) inzwischen zu einem absoluten Muss für jede Frau - ohne zu fragen, ob dieses Doppelleben denn in jedem Fall so sein muss, ob es nicht auch andere Wege zur „Selbstverwirklichung“ gibt. Weit über 90 Prozent aller Tätigkeiten von Männern und Frauen sind reiner Broterwerb, von Gleichförmigkeit, Routine, geringer Verantwortung geprägt und ohne schöpferisches Element. Verglichen damit sind Mutterschaft und Haushaltsführung erfüllend, selbständig, verantwortungsvoll, abwechslungsreich und kreativ.

Familienfreundlichkeit aber heißt bei uns vor allem: Sozialisierung der Erziehung, das Übergeben der Kinder an staatliche Kollektive, ihre „Wegorganisation“. Nach den Bedürfnissen der Kinder, über die uns Ärzte, Psychotherapeuten und Bindungsforschung eindrucksvoll Auskunft geben, wird nicht gefragt. Kinder haben keine Lobby: nach ihrer Meinung zu diesen Vorgängen werden sie weiter nicht gefragt. Sie werden dem Egoismus ihrer Eltern geopfert. Aber: Warum überhaupt Kinder, wenn man sie anschließend so schnell wie möglich loswerden will?

Kinder dürfen offenbar nichts kosten und den Eltern kann zu ihren Gunsten kein Opfer zugemutet werden. Unsere Familienpolitik ist damit der äußerste Ausdruck jener Anspruchsmentalität, welche die Strukturen unseres Wohlfahrtsstaates seit Jahrzehnten hervorbringen. Man möchte Kinder haben und doch nicht für sie aufkommen müssen, und vor allem: auf nichts verzichten: nicht auf Einkommen, nicht auf Selbstverwirklichung. „Der Wohlfahrtsstaat hat eine neue Art des „Individualismus“ hervorgebracht: den Individualismus ohne Verantwortung“ (17). Die Rechnung zeigt sich in den Ausgaben für den sozialen Reparaturbetrieb: die wachsenden Aufwendungen für Kinderärzte und Kindertherapeuten, die Aufwendungen im Kampf gegen steigende Kinder- und Jugendkriminalität, die auch im öffentlichen Bild erkennbare Dezivilisierung unserer Gesellschaft (verschmierte Fassaden, Vandalismus), auch die wachsende Nachhilfeindustrie.

„Was in jedem Fall bis jetzt klar sein sollte, ist, dass die moralische Degenerierung und der kulturelle Verfall – die Zeichen der Entzivilisierung – um uns herum größtenteils, wenn nicht gänzlich, die zwangsläufigen und unvermeidbaren Ergebnisse des Wohlfahrtsstaates und seiner zentralen Institutionen sind“ (18).

Gegen diese Entwicklung hilft - abgesehen von einer Grundkorrektur unserer Gesetzgebung - nur eine radikale ordnungspolitische Wende, vor allem auch eine Wende in den „Werten“, eine Rückbesinnung auf das, was den „natürlichen Ordo“ ausmacht. Die beste Familienpolitik - die der Subsidiarität - gibt darum den Familien Eigentum, Eigenverantwortlichkeit und ihre besondere Würde zurück und subventioniert nicht Verhältnisse, welche diese zerstören müssen (19).

„In einem freiheitlich-demokratischen Gemeinwesen obliegt es den Familien, sich gegen oder für Kinder zu entscheiden und, ob sie diese selber betreuen, oder arbeiten und ihre Kinder von denjenigen betreuen lassen, die ihnen dafür am besten geeignet erscheinen.“

Was wir also brauchen ist einfach: Wahlfreiheit und Neutralität staatlichen Handelns! ... „Betrachtet man die privaten Kindergärten, die Betreuungsunternehmen im Ausland, die Initiativen und Tagesmütter, bestehen berechtigte Zweifel an der Annahme, dass findige Anbieter lohnende Marktchancen nicht erkennen und nutzen würden, Manager sich mit Erziehern organisatorisch nicht zusammenfinden könnten. Vielmehr scheint die derzeitige Koexistenz privater und subventionierter staatlicher Anbieter das Problem. Es lohnt sich für einen Unternehmer abseits der Marktnischen gegenwärtig schlichtweg nicht, einen eigenen Krippenplatz anzubieten. Zum einen gelten die Mindeststandards als Hindernis. Zum anderen wird aber ein privatwirtschaftliches Vollzeitangebot für eine „unter Dreijährigen“- Betreuung auf monatliche Kosten von ca. 1.000 € geschätzt. Wenn der Staat sein Angebot im Preis stark subventioniert (ca. 80%), aber gleichzeitig über Bedarfspläne und Regulierungen die Menge beschränkt, können private unsubventionierte Betreuungsangebote nicht konkurrieren. Im Kern handelt es sich also um Staatsversagen. Die Konsequenz ist: Anstatt staatliche Plätze auszubauen, sollten staatliche und private Anbieter gleichgestellt und so ein differenziertes Angebot und Wettbewerb unter den Anbietern ermöglicht werden“ (20).

Der Staat ist nicht legitimiert, bestimmte familiäre Rollenmuster auf Kosten anderer zu propagieren und gleichzeitig über Steuermittel zu finanzieren.

### **„Kampf gegen Rechts“**

Das mit der Stoßrichtung „Kampf gegen Rechts“ verfolgte strategische Ziel der vereinigten deutschen Linken war und ist, die Bundesrepublik möglichst weit nach links zu verschieben. Die CDU schiebt kräftig mit. Angela Merkels Auftritt beim „Aufstand der Anständigen“, das Bündnis der Berliner Landes-CDU unter Spitzenkandidat Friedbert Pflüger vom 16. August 2005 einschließlich der PDS "gegen Rechts" mit dem vor dem Erstarken der NPD gewarnt wird, sind Schritte auf dem Weg zur „antifaschistische Republik“. Vergessen ist der „antitotalitäre Konsens“. Das PDS- Blatt Neues Deutschland jubelt - die CDU gibt der PDS/Linkspartei den demokratischen Ritterschlag, einer Partei mit kommunistischer Erblast, die aktiv mit linksextremen "Antifas" kooperiert. Die CDU denkt nicht ernsthaft daran, die Subventionierung linksextremer Strukturen im Rahmen des "Kampfes gegen Rechts", der nach bewährtem Orwellschen Neusprech zu "zivilgesellschaftlichem Engagement" umgedeutet wird, in Frage zu stellen.

Der Sinn der gezielten Vermengung der Begriffe „rechts“ und „rechtsextrem“ besteht darin, das politische Spektrum der Bundesrepublik durch die Ausgrenzung aller „Rechten“ auf das Segment links von der Mitte einzuengen. Implizit wird unterstellt, „rechts“ sei faschistisch und rassistisch, fremdenfeindlich und menschenverachtend. Gleichzeitig geht es darum, die Mitte selbst durch den Vorwurf „rechter“ oder „rechtskonservativer“ Politik – wenn nicht gleich des „Rechtsextremismus“ („Extremismus der Mitte“) – Stück um Stück politisch mundtot zu machen, also der berüchtigten „Schweigespisale“ (Elisabeth Noelle-Neumann) zu unterwerfen.

Der Staatsrechtler Josef Isensee hat den Hintergrund solcher Manöver klarsichtig erkannt: „Der Antifaschismus ist eine Ideologie zur Delegitimation der bürgerlichen Mitte“, deren Wehrhaftigkeit asymmetrisch wird, indem sie den Kampf auf der linken Seite aufgibt, um ihn auf der rechten um so vehementer zu führen (21).

Instrumentalisierter Antifaschismus war schon als Aushängeschild und Drohgebärde unverzichtbar für das DDR-Regime. Wer heute eine "rechte" Position bekämpft, muß sich - ebenso wie dereinst in der DDR - damit nicht inhaltlich auseinandergesetzt haben, sondern muß nur allgemeines Einverständnis mit den "Anständigen" und "Gutwilligen", nur seine "Betroffenheit" signalisieren. Und schon einfache, schlimmstenfalls ungeschickt formulierte Wahrheiten reichen aus, um ehrenhafte Politiker verbal zu exekutieren und politisch zu vernichten. Typisch der Umgang mit Parteifreunden wie Philipp Jenninger, Steffen Heitmann oder Martin Hohmann. Joschka Fischers Erklärung von „Auschwitz“ zum „Gründungsmythos der Bundesrepublik“ fällt in der CDU auf fruchtbaren Boden.

Hierzu schreibt Gerard Radnitzky: „Die Geschichtspolitik hat sich als Geschichtstheologie entpuppt. Die BRD ist mittlerweile ein Glaubensstaat geworden; eine Zivilreligion beherrscht die Szene. In bezug auf Geschichte entwickelte sich eine Art Geschichtstheologie, deren Annahmen zunehmend zu den staatlich geschützten „Werten“ gezählt werden. Diese genießen zumindest teilweise einen strafrechtlichen Schutz (§130 Abs. 3 StGB). Der quasi-religiöse Charakter zeigt sich vor allem in der sogenannten Vergangenheitsbewältigung. Er manifestiert sich deutlich in Parteiverbotsbegründungen und Geheimdienstmitteilungen. Für eine weltliche Demokratie sind die Antworten auf zeitgeschichtliche Fragen rechtlich völlig irrelevant. In einem Glaubensstaat, in einer Theokratie (wie im Iran) oder einer Ideokratie (wie in der BRD), sind gewisse Antworten eine Ketzerei.

Beispiele für solche Fragen sind, wer für den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs verantwortlich ist, wie hoch die Anzahl der unter der Verantwortung des Vorgängerregimes Ermordeten ist. Politisch inkorrekte Antworten werden nicht widerlegt, sondern formell oder informell sanktioniert. Etwa „Bestreitung der deutschen Kriegsschuld“ oder die „Verneinung der Einmaligkeit der Opferzahlen“ führen zur Perhorreszierung als „Revisionismus“, „Relativierung“, „Verharmlosung“ usw. Schüßlburner zeigt, daß es bereits bei den „Berufsverböten“ (gegen „links“) von Bedeutung war, ob sich die Verdächtigen zu den Grundwerten „bekanntem“ und diese Bekenntnisse glaubhaft waren. Eine Verfassung, die man verbal „verletzen“ kann, ist kein Rechtstext mehr, sondern ein theologisches Dokument. Die ganze Werteordnungslehre tendiert dahin, Kant zu widerrufen. Wahrscheinlich dürfte es aber das Schicksal von Demokratien sein, notwendigerweise zu einer Art Religion zu werden. Dies war schon in Athen so (Prozeß gegen Sokrates, wozu meines Erachtens I. Stone das Richtige geschrieben hat). Der amerikanische Philosoph des Pragmatismus, John Dewey, hat diese Entwicklung bereits im Jahre 1920 vorausgesagt mit seinem Diktum: *Once we commit to pursuing democracy, it will take on religious value.*

Vergangenes ist zwar endgültig, aber - wie Samuel Butler bemerkt: *God cannot alter the past, historians can.* Wer die Macht hat, kann die Geschichte verfälschen. Wo die Vergangenheit zur Identitätsstiftung eingesetzt wird, ist die Legendenbildung meist nicht weit. Die jeweils Mächtigen bestellen Geschichtsschreiber, die ein Geschichtsbild projizieren, das von der *classe politique* und deren intellektuellen Heloten als „volkspädagogisch“ erwünscht bewertet wird. Diese Intellektuellen werden zu Staatsphilosophen; sie werden entsprechend belohnt, gefeiert und mit Preisen überschüttet. (J. Habermas, der einstige Assistent von Adorno, der einflußreichste der „Frankfurter Schule“ ist der Prototyp.) Es sind diese Intellektuellen, die Roland Baader in seinem Buch *Totgedacht. Warum Intellektuelle unsere Welt zerstören* aufs Korn nimmt. Stimmt das von ihnen projizierte Bild mit Fakten nicht überein - umso schlimmer für die Fakten. Geschichtsauffassungen sind, wenn schon nicht Stütze einer politischen Monopolherrschaft, so doch Orientierungen gesellschaftlicher „Lager“, mithin ein Gut, das öffentlich umstritten ist. Die Folge ist der Verlust jeglichen Respekts vor Wahrheit. Für den politisch Korrekten gilt: Eine Aussage über die Vergangenheit ist wahr (falsch) genau dann, wenn der erwartete Effekt ihrer Rezeption volkspädagogisch erwünscht (unerwünscht) ist“ (22).

Derzeit erhält „Geschichtsrevisionist“ Ministerpräsident Günter Oettinger die entsprechende „volkspädagogische Behandlung“ wegen seiner unerwünschten Filbinger-Trauerrede. Er hat sich zu angreifbaren Äußerungen hinreißen lassen, die nach den ehernen Gesetzen des institutionalisierten Aufstands der Anständigen gnadenlos ausgenutzt werden. Mit Erfolg: Oettinger bereut.

„Politisch korrekt“ hingegen hat Habermas, der sein Lebtag lang schärfster Kritiker und Feind des Bürgertums war und ist, aus der Hand des „bürgerlichen“ Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers höchste Ehren erhalten: den Staatspreis des Landes Nordrhein-Westfalen. Linke Staatsideologie ist in der CDU, in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Wieder zeigt sich: Die CDU ist unfähig der politisch-medialen Instrumentalisierung der NS-Jahre eine eigene geschichtspolitische Haltung entgegenzusetzen und auf diese Weise stereotypen links-antifaschistischen Kampagnen Paroli zu bieten.

### **Antikapitalismus**

„Die kapitalistische Wirtschaftsordnung stellt die Hierarchie der Werte auf den Kopf ... Eine Wirtschaftsordnung, welche die Arbeit lediglich als Produktionsmittel behandelt, verletzt die Würde des Menschen. ... Der Mensch ist nicht austauschbar, er hat keinen Preis. ... Das spekulative Finanzkapital umkreist den Erdball ohne Beziehung zur Wertschöpfung und realen Gütern, getrieben lediglich von spekulativem Gewinn. ... Verzweifelt suchen die Menschen nach einer Ordnung jenseits von Kapitalismus und Sozialismus ... Die neoliberale Vorhut ist bereits die Nachhut der Entwicklung,“ schreibt Norbert Blüm (23).

Natürlich hat der Mensch keinen Preis - jedenfalls seit Abschaffung der Sklaverei nicht mehr. Aber sehr wohl hat seine Arbeitsleistung einen Preis. Das weiß im übrigen jeder Arbeitnehmer, wenn er zum Beispiel eine Arbeitsleistung anderer Menschen als Dienstleistung bei Handwerkern kauft.

Unser heutiger Wohlstand beruht auf der Tatsache, daß in jedem westdeutschen Arbeitsplatz aktuell und im Durchschnitt mehr als 200.000 Euro Sachkapital stecken, in einigen Arbeitsplätzen wie z.B. in der Energiewirtschaft sogar fast zwei Millionen Euro. "Die Mehrung des Wohlstandes ist immer weniger vom geleisteten Arbeitsvolumen abhängig. Dazu ein paar Zahlen: In Deutschland hat sich das Arbeitsvolumen, gemessen an effektiv geleisteten Arbeitsstunden, im Laufe des 20. Jahrhunderts sowohl pro Kopf der Erwerbstätigen als auch pro Kopf der Bevölkerung halbiert.

Zugleich hat sich das reale Bruttoinlandsprodukt pro Kopf versiebenfacht! Pro Stunde wird heute vierzehnmal so viel erwirtschaftet wie vor hundert Jahren. Das heißt: Nie zuvor haben Menschen mit so wenig Arbeit so viel Wohlstand erzeugt.

Der Spagat zwischen halbiertem Arbeitsvolumen und vervielfachtem Wohlstand läßt sich natürlich nur mit einem massiv vermehrten Kapitaleinsatz erklären. Den Patentrezeptlern in Politik und Medien, die zwecks Verbesserung der deutschen Wachstums- und Beschäftigungsmisere nach verlängerter Arbeitszeit und höherer Erwerbstätigenquote rufen, macht Miegel deutlich, daß sie aufs falsche Pferd setzen: Kapital, so Miegel, eingesetzt mit einer annähernd optimalen Allokation der Ressourcen [= optimale Aufteilung der knappen Mittel auf alternative Produktionsverwendungen gemäß den Preissignalen freier, unbehinderter Märkte] ist wesentlich wichtiger als längere Arbeitszeit und höhere Erwerbstätigenquote. Aber dazu darf eben die Politik weder die freien Märkte behindern noch auf "das Kapital" eindreschen. Und weil das leider doch in wachsendem Maße geschieht, hat Miegel seinem Interview den Titel gegeben: "Deutschland steuert in die Ausweglosigkeit" (24).

Von welchem Kapitalismus spricht Norbert Blüm? Man schaue sich diesen so genannten "Kapitalismus" einmal am Beispiel Deutschland an: Ein fast zu 100% kollektivistisches Rentensystem, ein bis zu 90% kollektivistisches Gesundheitswesen, ein zu fast 100% verstaatlichtes Bildungswesen, staatlich und korporativ gefesselte Arbeitsmärkte, staatsgelenkte Agrarmärkte, Zwangsgebühren für Rundfunk und Fernsehen, mehr als hunderttausend Betriebe in öffentlicher Hand. Hinzu kommen öffentliche Lasten, von der Grundsteuer über die Kfz-Steuer und die Versicherungssteuer bis zum Dosenpfand, sowie die Mehrwertsteuer, die Mineralölsteuer, die Tabaksteuer, die Branntweinsteuer und noch ein Dutzend verdeckte Abgaben. Und nicht zu vergessen die in allen Waren und Dienstleistungen enthaltenen Einkommensteuern und Sozialabgaben der Unternehmer, welche - wenigstens teilweise - auf die Endverbraucherpreise überwälzt werden. Auch die Erbschaftsteuer frißt nach dem Tod noch einen satten Teil der Lebenserträge eines Menschen auf. Und die Inflation, die heimliche Besteuerung, enteignet die Bürger. Ein „Fiskalsozialismus“, der den Bürgern zwei Drittel ihrer gesamten Lebenserträge abnimmt.

Und wenn Norbert Blüm auf Spekulanten und Finanzjongleure eindrischt, sollte er sich selbst geißeln. Das Volumen der Güterproduktion der Industrieländer hat sich in den letzten 30 Jahren vervierfacht - das Geld und Kreditvolumen aber vervierzigfacht.



„Was als Milliardenflutwelle spekulativen Geldes um die Welt rast, ist überwiegend staatlich erzeugtes oder sozialistisches Geld. Der Kapitalismus muß damit leben, weil ihm die Alternative, zu seinem eigenen Geld (dem Gold) zurückzukehren, unter strengsten Strafen verwehrt wird. Aber mit Kapitalismus hat dieser Abertausend-Milliarden-Irrwitz nichts zu tun. Was am Kapitalismus „Kasino“ ist, das ist in Wirklichkeit das Ergebnis einer betrügerischen Staatslotterie“ (25).

„Staatliches Geldmonopol und staatlich institutionalisiertes Geldmanagement sind schwerste Attacken gegen die Gesundheit der Marktwirtschaft. Alle Politiker und alle Ökonomen die glauben, mit easy money ("leichtem Geld") und Kreditexpansion das Wirtschaftswachstum dauerhaft beschleunigen und den Wohlstand steigern zu können, sind in Wahrheit Feinde der Marktwirtschaft, ob ihnen das bewußt ist oder nicht. Künstliche Geldvermehrung und künstliche Zinssenkungen erzeugen nicht nur Inflation, sondern subventionieren die Produktion und den Konsum in einer Weise, welche Produktionsstruktur einerseits und die Struktur der Konsum- und Sparmuster einer Volkswirtschaft andererseits auseinander driften läßt“ (26).

In einem Interview vom 22. September 2003 mit dem Handelsblatt gab Wim Duisenberg, damals noch Präsident der Europäischen Zentralbank, auf die Frage "Ist ein Papiergeldstandard dazu verurteilt, immer nur Inflation oder Deflation zu bekämpfen?" zur Antwort: „Ja. Aber was ist die Alternative? Der Goldstandard? Es gibt keine Alternative. Also müssen wir damit leben."

Müssen wir wirklich damit leben? Eine Antwort hat Alan Greenspan schon im Jahre 1966 gegeben: „Eine geradezu hysterische Feindschaft gegen den Goldstandard verbindet Staatsinterventionisten aller Art. Sie scheinen klarer und deutlicher als selbst viele Anhänger der freien Marktwirtschaft zu spüren, daß Gold und wirtschaftliche Freiheit unteilbar sind, dass der Goldstandard ein Attribut der freien Marktwirtschaft ist und dass sich beide gegenseitig bedingen und aufeinander angewiesen sind. ... Aber die Feindschaft gegen den Goldstandard in jeglicher Form durch eine wachsende Zahl von Wohlfahrtsstaat-Befürwortern wurde von einer ganz anderen Einsicht verursacht - nämlich der Erkenntnis, daß der Goldstandard unvereinbar ist mit chronischen Haushaltsdefiziten (dem Kennzeichen von Wohlfahrtsstaaten). Wenn man den Schleier der akademischen Phraseologie einmal wegzieht, erkennt man, daß der Wohlfahrtsstaat nichts weiter als ein Mechanismus ist, mit welchem der Staat das Vermögen der produktiven Mitglieder einer Gesellschaft konfisziert, um damit zahlreiche Wohlfahrtsprojekte zu finanzieren.

Ein großer Teil der Vermögenskonfiskation erfolgt in Form von Steuern. Aber die Wohlfahrtsbürokraten erkannten, daß die Steuerlast begrenzt werden mußte, wenn sie an der Macht bleiben wollten. Ihre Alternative war massive Staatsverschuldung, d.h. sie müssen durch das Auflegen von Staatsanleihen Geld borgen, um damit die enormen Wohlfahrtsausgaben zu finanzieren. ...

Ohne Goldstandard gibt es keine Möglichkeit, Ersparnisse vor der Enteignung durch Inflation zu schützen. Es gibt dann kein sicheres Wertaufbewahrungsmittel mehr. Wenn es das gäbe, müßte die Regierung seinen Besitz für illegal erklären, wie es ja im Falle von Gold ja auch tatsächlich geschah. Wenn z. B. jedermann sich entscheiden würde, all seine Bankguthaben in Silber, Kupfer oder ein anderes Gut zu tauschen und sich danach weigern würde, Schecks als Zahlung für Güter zu akzeptieren, würden Bankguthaben ihre Kaufkraft verlieren und Regierungsschulden würden kein Anspruch auf Güter mehr darstellen. Die Finanzpolitik des Wohlfahrtsstaates macht es erforderlich, daß es für Vermögensbesitzer keine Möglichkeit gibt, sich zu schützen. Dies ist das schäbige Geheimnis, daß hinter der Verteufelung des Goldes durch die Verfechter des Wohlfahrtsstaates steht. Staatsverschuldung ist schlicht und ergreifend ein Mechanismus für die „versteckte“ Enteignung von Vermögen. Gold verhindert diesen heimtückischen Prozess. Es schützt Eigentumsrechte. Wenn man das erst einmal begriffen hat, ist die Feindschaft der Wohlfahrtsstaatsverfechter gegen den Goldstandard nicht mehr schwer zu verstehen!“ (27).

„Nicht nur für Norbert Blüm ist „Neoliberalismus“ ein Schmähwort. "Neoliberal" ist zum *politisch korrekten* Diffamierungsbegriff für jede Meinung und Haltung geworden, die sich gegen Sozialismus, gegen Kollektivismus und gegen die Unterstellung des gesamten Lebens der Menschen unter die All-Zuständigkeit der Politik richtet. Die Freiheitsfeinde aller Lager haben die Vokabel *Neoliberalismus* aufgeladen mit den Assoziationen *Demokratiefeindlichkeit*, *Materialismus*, *Egoismus*, *Wertebeliebigkeit* und *Dogmatismus*, also mit all jenen Attributen, die dem Sozialismus gebühren würden und weder mit dem Klassischen Liberalismus noch mit dem (echten) Neoliberalismus etwas zu tun haben“. ... Den Neoliberalismus als Schmähbegriff zu benutzen, ihn für alle Unannehmlichkeiten des Lebens verantwortlich zu machen, und ihn als Sündenbock für alles von der Politik selbst erzeugte Elend vorzuführen: das ist schlicht und einfach nur *dumm*“ (28).

"Den Menschen und die Ethik ins Zentrum von Wirtschaft und Wirtschaftspolitik zu stellen, war der tragende Gedanke des frühen Neoliberalismus von den dreißiger bis in die sechziger Jahre. Die liberale Rechts- und Wirtschaftsordnung müsse die Freiheit als notwendige Bedingung sichern, damit die Menschen den höchsten Werten in eigener Verantwortung folgen können. Die Botschaft der Neoliberalen an die Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft war die Aufforderung, liberalen Prinzipien statt machtpolitischen Zielen zu dienen" (29).

### **„Soziale Marktwirtschaft“**

Die Formel „Soziale Marktwirtschaft“ als „Dritter Weg zwischen Sozialismus und Kapitalismus“ hat sich zum sozialistischen Einfallstor entwickelt. Das ursprünglich liberale Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ist seit den siebziger Jahren von einer Politik kollektivistischer Umverteilung verdrängt.

Alfred Müller-Armack stellte 1975 fest: „Was sich in den letzten Jahren in der Bundesrepublik vollzogen hat und in der gegenwärtigen Rezession seinen Ausdruck findet, ist *das Vordringen des „demokratischen Sozialismus“*. Dieser neue wirtschaftspolitische Status hat sicherlich nichts zu tun mit Kommunismus, Verstaatlichung und antidemokratischer Diktatur. Es ist vielmehr eine ohne sofortige Systemänderung vollzogene, aus einer Fülle von Einzelmaßnahmen bestehende Wandlung, durch die die *Soziale Marktwirtschaft*, die in der Vergangenheit bestand, den Belastungen eines neuartigen wirtschaftspolitischen Denkens ausgesetzt wurde. Man geht nicht mehr auf eine Totaländerung aus, aber durch eine Fülle von Einzelmaßnahmen werden Stück um Stück antimarktwirtschaftliche Elemente in unsere wirtschaftspolitische Umwelt eingeführt....

Die Politik, bei der nicht durch einen revolutionären Akt, sondern auf leisen Sohlen durch eine Fülle einzelner Maßnahmen ein grundlegender Wandel herbeigeführt wurde, sollte die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit finden“ (30).

Zum Fundus des „demokratischen Sozialismus“ zählt Müller-Armack u. a.

- die paritätische Mitbestimmung, in welcher Form und mit welchen Nuancen sie auch wirksam werden mag;
- die Steuerreform, deren erklärtes Ziel, die Entlastung der unteren Einkommen durch eine radikale Mehrbelastung der höheren Einkommen, erreicht werden soll;
- die permanente Kritik an der Marktwirtschaft, die Verteufelung des Gewinns ohne Einsicht in dessen ökonomische Funktion.

Bundeskanzlerin Angela Merkel sieht in der paritätischen Mitbestimmung einen Wesenskern der „Sozialen Marktwirtschaft“. Entlastung der unteren Einkommen und „Reichensteuer“ sind Regierungsprogramm der CDU geführten Bundesregierung. Die CDU ist „eine antikapitalistische Partei“, so Jürgen Rüttgers.

Die 1982 verkündete „geistig-moralische Wende“ ist ausgeblieben. Im Gegenteil: „Die Regierung Kohl hat die Umverteilung von Mitteln und Vorteilen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik so weit vorangetrieben, daß die Positionen von Union und Sozialdemokratie oft kaum unterscheidbar sind“ (31).

„Die Konsolidierungsphase der öffentlichen Finanzen endete jedoch schon nach drei Jahren. Stattdessen wurden neue Sozialleistungen, z.B. in der Familienpolitik, gewährt. Eine langfristige Sicherung der Sozialsysteme blieb aus, denn die Rente war - einem bekannten Ausspruch zufolge - ja sicher. Auf der Einnahmeseite sorgte die Erhöhung der Mehrwertsteuer um einen Prozentpunkt auf 14 Prozent für Mittelzuflüsse. Die Haushaltskonsolidierung wurde jedoch allenfalls bedingt erreicht, ein Abbau der Staatsschulden wurde nicht unternommen und die Politik der Neuverschuldung blieb bestehen.

Eine dreistufige Steuerreform (1986, 1988, 1990) wurde auf den Weg gebracht. Weniger die Senkung des Eingangssteuersatzes von 22 auf 19 Prozent als vielmehr die des Spitzensteuersatzes von 56 auf 53 Prozent war heftig umstritten. Zugleich wurde das Steuerrecht weiter verkompliziert, die überfällige (große) Reform des Steuersystems blieb wie schon 1954/55, 1965 und 1975 aus. Betrachtet man die Steuerquote, also das Verhältnis des Steueraufkommens zum BSP, so pendelte diese unverändert zwischen 23 und 25 Prozent. Die Sozialabgabenquote, d.h. das Verhältnis der Sozialbeiträge von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zum BSP, stieg hingegen sprunghaft an, von 1970: 12,6 auf 1986: 17,3 Prozent. Insofern erscheinen die häufig betonten grundlegenden Differenzen zwischen dem verteilungspolitischen Ansatz der Sozialdemokraten sowie dem ordnungspolitischen Ansatz der Unionsparteien und der FDP übertrieben. Vielmehr hat sich das Steuersystem, ähnlich dem Sozialsystem, als weitgehend veränderungsresistent erwiesen“ (32).

Gunnar Uldall, Paul Kirchhof, Friedrich Merz – eine unendliche Geschichte.

Auch das historische Jahr 1990 mit der Wiedervereinigung brachte hier keine Umkehr, im Gegenteil. Noch in dieser Situation wurde mit der „Pflegeversicherung“ eine neue soziale Zwangsversicherung für alle einschließlich der selbständigen Unternehmer eingeführt oder das „Recht auf einen Kindergartenplatz“ verankert.

Anstalten, den Wohlfahrtsstaat entsprechend der neuen Herausforderungen zu korrigieren, wurden nicht ergriffen. Vielmehr wurde die Umverteilungsdemokratie auch auf die neuen Bundesländer übertragen.

Vergebens mahnte Kurt Biedenkopf 1988 seine Fraktionskollegen in einem Papier zur Wirtschaftspolitik: „Der Anteil des Sozialhaushalts am BSP muß reduziert werden. Es geht nicht länger an, das System der sozialen Sicherheit, die ihm zugrundeliegende Konzeption der kollektiven Vollversorgung und die damit begründeten Erwartungen ohne Rücksicht auf die inzwischen grundlegend veränderte Leistungsfähigkeit der großen Mehrzahl der Privathaushalte in der Bundesrepublik Deutschland weiterzuführen.

Die Bedingungen für eine grundlegende Strukturreform der Sozialsysteme sind derzeit günstig. Dies gilt vor allem für die demographischen Voraussetzungen. Der Anteil der Erwerbsbevölkerung an der Gesamtbevölkerung ist zur Zeit relativ groß, der Anteil der Kinder und der älteren Menschen relativ klein. Diese für jede Strukturreform günstige Situation endet in etwa fünf Jahren, das heißt mit dem Jahr 1993. Politische Entscheidungen müssen deshalb in Kürze getroffen werden" (33). Heute zählen wir das Jahr 2007.

### **Keine "dritte Lösung"**

Für die Sozialdemokraten in allen Parteien ist die „Soziale Marktwirtschaft“ so etwas wie eine Gemischtwirtschaft, die einer grundsätzlich marktskeptischen Haltung entspringt. Motto: Man kann den Markt nicht ganz abschaffen (irgendwie ist er doch effizient), aber er braucht die Ergänzung des Wohlfahrtsstaates. Diese Auffassung hat der große Ökonom Ludwig von Mises treffend charakterisiert:

„Wenn Leute, die die Einführung des Sozialismus an Stelle der Marktwirtschaft anstreben, interventionistische Maßnahmen befürworten, so ist dies, im Hinblick auf das von ihnen angestrebte Ziel, durchaus logisch und konsequent. Diejenigen aber gehen kläglich irre, welche den Interventionismus als eine dritte, mögliche Lösung des Problems der Wirtschaftsordnung der menschlichen Gesellschaft betrachten, nämlich als eine Wirtschaftsordnung, die, wie sie sagen, gleichweit vom Sozialismus wie vom Kapitalismus entfernt sein, und die das "Gute" beider Systeme vereine, jedoch das „Schlechte" in ihnen vermeide. Der Interventionismus kann nicht als eine Wirtschaftsordnung betrachtet werden, welche auf die Dauer zu bestehen vermag. Er ist eine Methode zur ratenweisen Verwirklichung des Sozialismus.

Die Produktion kann entweder durch die Wünsche der Verbraucher gelenkt werden, wie sie in deren Kaufen oder Nichtkaufen zum Ausdruck kommen, oder aber durch den Staat, den gesellschaftlichen Zwangsapparat. Irgendein konkreter Produktionsfaktor, z. B. ein Block Stahl, kann entweder gemäß den Befehlen der Verbraucher oder gemäß den Befehlen der Bürokratie verwendet werden. Eine Zwischenlösung gibt es nicht. Was Optimisten als eine Wiederbelebung des Liberalismus ansehen, ist lediglich eine Verlangsamung des Marsches zum Sozialismus. ... Interventionismus, mag er mehr oder weniger gemäßigt sein, bleibt darum noch immer Interventionismus. Denn alle interventionistischen Maßnahmen machen, wie Engels treffend bemerkte, "weitere Eingriffe in die alte Gesellschaftsordnung notwendig" und führen damit schließlich zu vollständigem Sozialismus" (34).

### **„DDR light“**

Der deutsche Wohlfahrtsstaat ist Fortsetzung des Sozialismus mit anderen Mitteln. Beider Ideologie und Ökonomie unterscheiden sich nicht grundsätzlich. Seine Mittel sind

- die schrittweise Sozialisierung der privaten Einkommensverwendung über Steuern und Sozialabgaben;
- die Sozialisierung zukünftiger Einkommen und des Vermögens über eine ständig wachsende Staatsverschuldung;
- die zunehmende Einschränkung privater Vertragsfreiheit im Arbeits- und im Zivilrecht.

„Dieser verhängnisvolle Verwandtschaftsgrad wird besonders beim Eigentum der Bürger und bei ihren Einkommen deutlich. Den Unterschied sieht man üblicherweise als graduelle Abweichung an, welche ein freies von einem unfreien System unterscheidet. In Wirklichkeit liegt die entscheidende Divergenz in der Methode der Ausbeutung. Einkommenszuweisung im hardcore-Sozialismus und Einkommensumverteilung im Sozial- oder Wohlfahrtsstaat sind nur zwei Seiten derselben Medaille. *Zuweisung ist Umverteilung ex ante, und Umverteilung ist Zuweisung ex post.* Während der real-existierende Sozialismus den Menschen von vornherein nur das zugewiesen hat, was sie zum Vegetieren benötigten, geht der Schleichende Sozialismus den anderen Weg: Er läßt seine Bürger in der Hoffnung auf höhere Einkommen und Vermögen schuften und sparen und nimmt ihnen hinterher das meiste wieder ab:

die Hälfte (oder mehr) ihrer Arbeits- und Kapitalerträge über Steuern und Abgaben, einen beträchtlichen Teil über Inflation und Verbrauchssteuern und den Rest, indem er die Ersparnisse der Fleißigsten und Solidesten durch Haushaltsdefizite und uferlose Staatsverschuldung verbrät und heimlich auf seine Konkurskonten bucht. Ob beim Einkommen oder beim Eigentum und Vermögen: der „Ex-Ante-Sozialismus“ enteignet von vornherein, der „Ex-Post-Sozialismus“ im nachhinein.

Ergebnis und Ende laufen auf das gleiche hinaus: Die vormalige DDR war der dreißigste oder vierzigste untaugliche Versuch, den Staat und seine Apparate zum Erzeuger von Wohlstand, Sicherheit und Glück zu machen. Das Ergebnis war dasselbe wie überall auf der Welt, wo man diesem Wahn nachhing: Die Zerstörung und der Verlust von allem Wohlstand, aller Sicherheit und allem Glück eines menschenwürdigen Lebens. Und die Bundesrepublik ist der dreißigste oder vierzigste Versuch, dem Wohlfahrtsstaat die nämlichen Aufgaben zu übertragen - nur im demokratischen Gewand und mit den Werkzeugen der Umverteilung“ (35).

In den demokratischen Industrienationen des Westens geht inzwischen jeder zweite Euro der Einkommens- und Ausgabenströme des Sozialprodukts durch öffentliche Hände. Der Staatsanteil liegt bei oder über 50 Prozent. Es ist dies ein grober Gradmesser für den Sozialisierungsgrad einer Gesellschaft. „Die Abgabenquote stellt also eine Art Entmündigungskoeffizient dar (der Taschengeldstaat). Sie ist Indikator für das Ausmaß, in dem der Staat seine Bürger als unfähig ansieht, ihre eigenen Geschäfte verantwortungsvoll zu führen“ (36).

Der britische Ökonom Arthur Seldon hat einmal mit fundierten Argumenten geschätzt, dass auch vor dem Zusammenbruch der sozialistischen Länder des Ostens der Unterschied der staatlichen Domäne über das wirtschaftliche Leben der Bürger westlich und östlich des Eisernen Vorhangs nur noch 15 Prozent betragen hat. Dies vor allem deshalb, weil der Anteil der Schatten- und Untergrundwirtschaft im Osten, also der eigentlich marktwirtschaftliche Teil der Ökonomie, bei rund 35 Prozent gelegen hatte. „Man mag sich bei einem solchen Vergleich um ein paar Prozente streiten; fest steht, daß wir im »freien Westen« keinen Grund haben, uns auf unsere kapitalistische Freiheit allzu viel einzubilden. Viele unserer Märkte, vor allem die größten und wichtigsten wie der Agrarmarkt, der Arbeits-, Gesundheits-, Wohnungs- und Bildungsmarkt, sind bestenfalls viertelsozialistisch, überwiegend jedoch halb- bis dreiviertelsozialistisch, also von staatlichen Regulierungen, Interventionen, Subventionen, Protektionen und Prohibitionen geprägt und deformiert“ (37).

Vera Lengsfeld, ehemalige DDR-Dissidentin und CDU-Bundestagsabgeordnete beweist die richtige Urteilskraft, wenn sie in einem Focusinterview sagt: "Deutschland ist heute dem kommunistischen System, das 1989 schmachvoll gescheitert ist, näher als der Marktwirtschaft. Wir haben eine Staatsquote von 57 Prozent; wenn, theoretisch, 100 Prozent Kommunismus sind und null pure Marktwirtschaft, dann sind wir also näher am Kommunismus" (38). Und Bundeskanzlerin Angela Merkel: „Ihr wisst gar nicht, wie viele sozialistische Elemente ihr habt“ (39).

### **Marktwirtschaft ist sozial**

Die in der CDU vorherrschende Definition „Soziale Marktwirtschaft ist Marktwirtschaft plus sozialer Ausgleich durch Umverteilung“ hat Ludwig Erhard nie akzeptiert.

"Tatsächlich sind umso weniger sozialpolitische Eingriffe und Hilfsmaßnahmen notwendig, je erfolgreicher die Wirtschaftspolitik gestaltet werden kann. Damit soll nicht geleugnet werden, daß eine auch noch so gute Wirtschaftspolitik in modernen Industriestaaten einer Ergänzung durch sozialpolitische Maßnahmen bedarf.

Andererseits aber gilt der Obersatz, daß jede wirksame soziale Hilfe nur auf der Grundlage eines ausreichenden und wachsenden Sozialprodukts, und das bedeutet eben einer leistungsfähigen Wirtschaft, zu ermöglichen ist" (40).

Vor der Verteilung des Sozialprodukts steht die Kraftanstrengung und Phantasie, wie dieses Sozialprodukt vermehrt werden kann. "Wenn wir überhaupt eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung auf Dauer gewährleisten wollen, dann wird es in der Tat zu einem Grunderfordernis, einer Wirtschaftspolitik, die dem Menschen zu persönlicher Freiheit verhelfen will, eine gleichermaßen freiheitliche Sozialpolitik an die Seite zu stellen. Darum widerspricht es zum Beispiel der marktwirtschaftlichen Ordnung, die private Initiative, Selbstvorsorge und Eigenverantwortung auch dann auszuschalten, wenn das Einzelindividuum materiell durchaus in der Lage ist, solche Tugenden in weitem Umfang zu üben. Wirtschaftliche Freiheit und totaler Versicherungszwang vertragen sich denn auch wie Feuer und Wasser" (41).

Der freie Markt hat bei Erhard den Vorrang. Die Staatsabhängigkeit, die der Wohlfahrtsstaat produziert, war für ihn nicht nur ökonomisch abträglich, sondern auch moralisch bedenklich, weil sie den Bürger zum „sozialen Untertanen" umfunktioniere. Seine heutigen falschen Freunde vergessen beispielsweise, daß Erhard das 1957 von Konrad Adenauer durchgepackte generationenvertragsbasierte Rentensystem ablehnte.



„Soziale Marktwirtschaft“: „Für Erhard war der Ausdruck ein Pleonasmus. Für Eucken und Erhard war das Ziel eine Wettbewerbswirtschaft, ohne Kartelle und ohne Protektionismus. Erhard betrachtete den Markt als an sich sozial und als moralisch, weil er die Verantwortung fördert. Die Stimmung bei den Ordoliberalen war schon immer gespalten. Schließlich warnten er und Röpke vergebens vor der Entwicklung des Begriffs in sozialistischer Richtung: einem behinderten, überregulierten Markt, der den „Sozialen Ausgleich“ finanziert unter anderem durch ein großes Programm an steuerfinanzierten Leistungen („öffentlichen“ Gütern und Dienstleistungen, Subventionen usw.). Wie Gerd Habermann bemerkt: „Die tatsächliche sozialpolitische Entwicklung nach 1948 kehrte sich wenig an *Erhards* Ideal, ja sie desavouierte ihn gründlich“ (42).

### **Christliches Menschenbild**

Das christliche Menschenbild und der Ordoliberalismus haben dieselbe Grundlage: Personalität und durch Ordnung begrenzte Freiheit. Ausgangspunkt der Personalität ist das Vertrauen in die Eigenständigkeit, die Fähigkeit wirtschaftlich auf eigenen Füßen zu stehen sowie die Bereitschaft zu solidarischem Handeln. Aus der unveräußerlichen Menschenwürde und der Gottesebenbildlichkeit des Menschen leiten sich daneben die ethischen Prinzipien der Subsidiarität und der Solidarität ab (43).

Die Bibel deklariert einen strengen Personen- und Eigentumsschutz. Alle Gebote des Dekalogs - außer denen, die sich unmittelbar mit der Person Gottes befassen - handeln von liberalen Grundwerten: von der Einhaltung von Verträgen und dem strengen Schutz des Privateigentums. Der Wohlfahrtsstaat missachtet das Eigentumsrecht. In vielen Ländern, auch in Deutschland, nähert sich die Quote der obligatorischen Abgaben der 70-Prozent-Marke. Das bedeutet eine permanente Verletzung des Grundgesetzes durch den Staat. In den Zehn Geboten kommt das Thema Eigentum gleich zweimal vor, was seinen hohen Rang illustriert. In den Gleichnissen Jesu wird das Eigentum als Bestandteil der Rechtsordnung vorbehaltlos vorausgesetzt: Böse Weingärtner (Markus 12), Unkraut unter dem Weizen Matthäus 13), Arbeiter im Weinberg (Matthäus 20), anvertraute Gelder (Lukas 19), Schuldner (Lukas 7). Zwar kennt die Bibel massive Vorbehalte gegenüber dem Eigentum, doch sind diese in keiner Weise als Programm zur Enteignung aufzufassen. Sie sind vielmehr ein Appell, sein Herz nicht an den Besitz zu hängen. Dies kann nur aus freien Stücken geschehen. Je mehr Eigentum die „Sozialpflichtigkeit“ fordert, desto mehr Schub erhält die Habgier...

Der barmherzige Samariter (Lukas 10) zeigt die Spannweite von der Nothilfe bis zur Überbrückungsspende zugunsten dessen, der in Schwierigkeiten geraten war.

Für ernsthaftere Schwierigkeiten kann es sinnvoll sein, institutionell vorzusorgen. Hausbrand, Invalidität oder der Verlust der Eltern bei Kindern können solche Vorsorge rechtfertigen. Das ändert jedoch nichts am Grundsatz, dass Nächstenliebe und Solidarität zwischenmenschliche Ereignisse sind. Institutionelle Hilfestellungen sind immer nur unterstützend. Erklärt ein Gesetzgeber sie für vorrangig, so mag er die Argumente dafür suchen, wo er will. Bei der jüdisch-christlichen Ethik sind sie auf jeden Fall nicht zu finden“ (44). Für einen Sozialismus, gleich welcher Prägung, gibt das christliche Menschenbild nichts her.

Von Alfred Müller-Armack gefragt, „ob das, was wir in der Bundesrepublik als Soziale Marktwirtschaft praktiziert haben auch vor seinem strengen Richterspruch Verständnis finden könne“, schreibt Ludwig von Mises: „Ich habe die middle-of-the-road policy aller Spielarten des Interventionismus immer kritisiert und glaube gezeigt zu haben, dass sie notwendigerweise schliesslich in den vollen Sozialismus einmündet. Doch das hat mich nicht gehindert, voll zu verstehen, dass politische Machtverhältnisse auch einen überzeugten folgerichtigen Vertreter des Liberalismus (im europäischen, nicht im amerikanischen Sinne dieses Worts) nötigen können, sich mit interventionistischen Massnahmen (etwa Schutzzöllen) zeitweilig abzufinden. In der praktischen Politik kann man nur selten das Vollkommene erreichen. Man muss sich in der Regel damit begnügen, das kleinere Übel zu wählen.“

Was Sie und Erhard für die Wiederraufrichtung der deutschen Wirtschaft vollbracht haben, wird ungeachtet mancher "Schönheitsfehler", mit Recht überall als eine grosse Tat des Liberalismus angesehen“ (45).

In der CDU ist davon kaum etwas übrig geblieben.

### **Fazit:**

Gerard Radnitzky ist zuzustimmen, wenn er schreibt: „Die Politik der in den meisten westlichen Demokratien herrschenden De-facto Koalitionen von sozialdemokratischen Parteien (z.B. in der Bundesrepublik Deutschland verwenden sie die Bezeichnungen CDU und SPD) läuft auf Nivellierungsprogramme hinaus. Der Unterschied zwischen ihnen liegt im Detail und im Tempo der "Reformen".

Die Zwangsklientel der Wohlfahrtsdiktatur erfaßt alle Bürger. Die Nivellierung wendet sich gegen alle Institutionen, die Ungleichheiten verkörpern: Individuen (progressive Steuer), Familien und Einzelhaushalte ("Familienausgleich"), Gebietskörperschaften ("Finanzausgleich"), Regionen ("Regionalförderung"), Unternehmen (Subventionen, "Industriepolitik" usw.), Arbeitnehmer (staatlich gestützte Tarif-Kartelle, so daß der sogenannte Arbeitsmarkt die Bezeichnung „Markt“ gar nicht verdient) usw. Die EG/EU strebt ihrerseits Nivellierung zwischen den Mitgliedstaaten an, um im Namen der "sozialen Kohäsion“, das „Wohlstandsgefälle einzuebnen". Die so genannte Soziale Charta steht im Dienste des Euro-Sozialismus“ (46).

### Anmerkungen

- 1) Röttgen, Norbert: Es gibt keine Sozialdemokratisierung der Union, Interview der Woche im Deutschlandfunk, 25. Februar 2007
- 2) Pofalla, Ronald: Neue Gerechtigkeit durch mehr Freiheit - Die Kraft der Freiheit neu beleben!
- 3) Merkel, Angela: Rede auf dem 20. Parteitag in Dresden, 28.11.2007
- 4) Geißler, Heiner: Freiheit haben wir genügend, Frankfurter Rundschau, 22.08.2006
- 5) Müller, Peter: CDU muss Partei der Gerechtigkeit sein, Bild am Sonntag, 29.10.2006
- 6) Hennis, Wilhelm: Organisierter Sozialismus: zum „strategischen“ Staats- und Politikverständnis der Sozialdemokratie, Stuttgart: Klett, 1977
- 7) Westfalen, Friedrich von: Mannheim und der Orientierungsrahmen, Die Politische Meinung, Heft 162, September/Oktober 1975
- 8) Pofalla, Ronald: Neue Gerechtigkeit durch mehr Freiheit - Die Kraft der Freiheit neu beleben!
- 9) Röpke, Wilhelm: Jenseits von Angebot und Nachfrage, Erlenbach-Zürich und Stuttgart 1958
- 10) Hagenbuch, Walter: In: Lloyd`s Review, Juli 1953. Zitiert nach Wilhelm Röpke 1958, S. 218
- 11) Habermann, Gerd: Der Wohlfahrtsstaat: die Geschichte eines Irrwegs, Frankfurt/M., Berlin 1997, S 208

- 12) Radnitzky, Gerard: Mehr Gerechtigkeit für die Freiheit, ORDO, Bd. 47, Stuttgart 1996, S. 163
- 13) Baader, Roland: Fauler Zauber: Schein und Wirklichkeit des Sozialstaates, Resch Verlag, Gräfeling 1997, S. 238 f.
- 14) Schüller, Alfred: Wie sozialistisch ist die Marktwirtschaft?, Vortrag auf der 50. BKU-Bundestagung, Oktober 1999
- 15) Lambsdorff, Otto Graf: Die Renaissance des Liberalismus in der sozialen Marktwirtschaft., Liberal, Heft 2, Mai 1994, S. 9, 14
- 16) Zastrow, Volker: Gender - Politische Geschlechtsumwandlung. Manuscriptum Verlag, Waltrop 2006
- 17) Radnitzky, Gerard: Explaining the „Churning Society“ and its Perversities, MPS-paper 1994
- 18) Hoppe, Hans-Hermann: Demokratie. Der Gott der keiner ist. Monarchie Demokratie und natürliche Ordnung, Manuscriptum Verlagsbuchhandlung, Leipzig 2003, S. 371
- 19) Habermann, Gerd: Weniger Staat, mehr Familie, Kommentar aus Berlin, 16. Juni 2006, ASU
- 20) Schmidt, J. Andreas, Wahlfreiheit in der Familienpolitik? Zum Elterngeld un dem Ausbau von Krippenplätzen, Der Ordnungspolitische Kommentar, IWP, Nr. 4/2007
- 21) Isensee, Josef: Verwerfungen der Demokratie in Deutschland, Die Politische Meinung, Heft 307, Juni 1995)
- 22) Radnitzky, Gerard: Das verdammte 20. Jahrhundert, Georg Olms Verlag, Hildesheim-Zürich-New York 2006, S. 35
- 23) Blüm, Norbert: Christliche Sozialbewegung in der Bewährung, www.stimmen-der-zeit, 7/2006
- 24) Baader, Roland: Das Kapital am Pranger, Resch Verlag, Gräfeling 1977, S. 18 f.
- 25) Baader, Roland: Kasino-Kapitalismus, Junge Freiheit, 33/99 13. August 1999
- 26) Baader, Roland: Geld, Gold und Gottspieler, Resch Verlag, Gräfeling 2004, S. 232
- 27) Greenspan, Alan: Gold und wirtschaftliche Freiheit, The Objectivist, Juli 1966; Deutsche Übersetzung von Reinhard Deutsch, bearbeitet von Gerhard Grasruck; PDF-Version: [www.mises.de](http://www.mises.de))

- 28) Baader, Roland: Das Kapital am Pranger, Resch Verlag, Gräfeling 1977, S. 192, 185.
- 29) Wegmann, Milene: Für die Bewahrung der Werte einer freien Gesellschaft, in: Neue Züricher Zeitung vom 15.03.2003
- 30) Müller-Armack, Alfred: Absage an „demokratischen Sozialismus“, Die Politische Meinung, Heft 162, September/Oktober 1975
- 31) Radnitzky, Gerard: Für ein politikfreies Zusammenleben - "Against Politics", Aufklärung und Kritik, Sonderheft Nr. 2 / 1998
- 32) Prollius, Michael von: Deutsche Wirtschaftsgeschichte nach 1945, Vandenhoeck&Ruprecht, Göttingen 2006, S. 207 f.
- 33) Biedenkopf, Kurt: Zu Perspektiven der Wirtschaftspolitik, Bonn, 18. Januar 1988
- 34) Mises, Ludwig von: Die Wahrheit über den Interventionismus, Monatsblätter für freiheitliche Wirtschaftspolitik, 3:10 (Okt. 1957) 599-607; PDF-Version: [www.mises.de](http://www.mises.de)
- 35) Baader, Roland: Vom Sozialismus zum Sozialstaat – Betrachtungen über ein deutsches Experiment, Reihe „Die Enkel des Perikles“, Resch Verlag, Gräfeling 19965, S. 254
- 36) Radnitzky, Gerard: Die demokratische Wohlfahrtsdiktatur, Reihe „Die Enkel des Perikles“, Resch Verlag, Gräfeling 19965, S. 189
- 37) Baader, Roland: Hat der Sozialismus doch gesiegt? Für die Freiheit: Plädoyer für eine liberale Erneuerung, Ullstein, Berlin-Frankfurt 1996, S. 93
- 38) Lengsfeld, Vera: Buße oder Sanktionen, Interview in: Focus Nr. 9/2004, S 48 f.
- 39) Merkel, Angela: Ihr wisst gar nicht, wie viele sozialistische Elemente ihr habt, F.A.Z., 28.05.2005, Nr. 121, S. 34
- 40) Erhard, Ludwig: Wohlstand für alle, Düsseldorf, Neuausgabe 1997, S. 246
- 41) Erhard, Ludwig: Wohlstand für alle, Düsseldorf, Neuausgabe 1997, S. 247
- 42) Radnitzky, Gerard: Die demokratische Wohlfahrtsdiktatur, Reihe „Die Enkel des Perikles“, Resch Verlag, Gräfeling 19965, S. 193
- 43) Schüller, Alfred: Christliches Menschenbild und das Grundproblem der Sozialpolitik, in: Gerken, Lüder und Joachim Starbatty (Hrsg.), Ordnungspolitik der Sozialen Marktwirtschaft und Christliche Soziallehre, Stuttgart 2001, S. 57-65.

- 44) Ruch, Peter: Christentum contra Wohlfahrtsstaat, eigentümlich frei, Nr. 69, Jan./Feb. 2007, S. 36
- 45) Mises, Ludwig von: Brief an Staatssekretär Prof. Dr. Alfred Müller-Armack, veröffentlicht in:  
Mises, Ludwig von, Im Namen des Staates oder die Gefahren des Kollektivismus, , Stuttgart: Bonn Aktuell, 1978
- 46) Radnitzky, Gerard: Mehr Gerechtigkeit für die Freiheit, ORDO, Bd. 47, Stuttgart 1996, S. 161